

SO SEHEN WIR ES

Herausgeber: SP Wädenswil
Postfach 242, 8820 Wädenswil
Druck: Printoset, Horgen
Erscheint 6mal jährlich
Nr. 5 / September 1981

Inhalt

| | Seite |
|---|-------|
| Gemeinderäte betreiben Augenwischerei | 1 |
| Begegnung mit der polnischen Gewerkschaft <i>SOLIDARNOSC</i> | 2 |
| Neues Bewusstsein ist erforderlich | 6 |
| SP- Parolen zu den Abstimmungen vom 26. Sept. | 7 |
| Einladung zur Parteiversammlung, Veranstaltungen, Wetterprognosen, Splitter | 8 |

Gemeinderäte betreiben Augenwischerei!

Auf der Traktandenliste der Gemeinderatssitzung vom 7. September 1981 stand auch die Motion betreffend Mietzinszuschüsse an AHV-Bezüger und Behinderte, eingereicht von Gemeinderat Sepp Dorfschmid (SP). Bereits vor der Ratssitzung war klar, dass der Stadtrat diese Motion nur als Postulat entgegennehmen würde. Gemäss den Fraktionsberichten im AAZ standen alle Parteien, zum Teil mit Vorbehalten, diesem Vorstoss positiv gegenüber. Einzig die Haltung der FdP war unklar.

An der Ratssitzung teilte Stadträtin Rota (CVP) mit, dass sie diese Mietzinszuschüsse vor allem für Familien mit Kindern einführen möchte. Mit der Ueberweisung der Motion als Postulat erhielt sie diese Möglichkeit. Deshalb waren sowohl Sepp Dorfschmid, als auch die SP-Fraktion mit einer Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Nun bekamen auf einmal die Gemeinderäte der FdP und der SVP Angst und wollten ganz genau wissen, für wen jetzt diese Mitzinszuschüsse bestimmt sein sollten. Mit formalistischen Argumenten wurde der Postulant aufgefordert, einen neuen Text an der nächsten Sitzung vorzulegen. Dies anscheinend in der Absicht, diesen Vorstoss schlussendlich doch noch "bodigen" zu können, oder aus zuwenig Vertrauen in die Arbeit von Frau Rota.

Der Postulant beharrte aber auf sei-

nem ursprünglichen Text, so dass abgestimmt werden musste. Und siehe da! Das Postulat wurde nur ganz knapp mit 16 zu 13 (FdP, SVP) Stimmen an den Stadtrat zur Weiterbearbeitung überwiesen. Fast die ganze CVP-Fraktion enthielt sich der Stimme.

Wieder einmal zeigte sich, dass bürgerliche Parlamentarier in der Öffentlichkeit verbal immer für fortschrittliche Vorstösse zu haben sind, im konkreten Falle aber alle Register ziehen, um solche Vorstösse zu blockieren und abzulehnen. Da jeweils nur wenige Stimmberechtigte den Ratsdiskussionen folgen, weiss nachher die Bevölkerung meistens nicht, welche Parlamentarier sich für ihre Interessen einsetzen.



SP-Politiker aus Wädenswil machen auch beim Fussballspiel "Vorstösse"



2

des Landes, sowohl im landwirtschaftlichen wie vor allem auch im industriellen Sektor. Weite Teile Polens sind eine einzige Felder- und Ackerlandschaft. Dazu kommen insbesondere im Süden des Landes riesige Industriekomplexe zur Förderung und Verarbeitung der Bodenschätze. Wohin, so frage ich mich, gehen alle diese Güter? Für wen wird hier eigentlich produziert?

Ende Juni, anfangs Juli dieses Jahres weilten wir - d.h. eine Gruppe von 18 Personen, vorwiegend Studierende an der Schule für Soziale Arbeit Zürich - für acht Tage in Polen. Ziel dieser Studienreise war, einen Einblick in die vielfältigen sozialen und politischen Probleme des Landes zu erhalten und vor allem mehr über die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung zu erfahren. Zu diesem Zweck trafen wir uns dreimal zu Gesprächen mit Vertretern der 'Solidarność' und hatten einmal Gelegenheit, an einer Kundgebung teilzunehmen, auf der Lech Walesa Red und Antwort stehen musste. Im folgenden möchte ich ein paar Eindrücke von dieser Reise schildern und die wichtigsten Aussagen unserer Gespräche zusammenfassen.

Erste Eindrücke

Es gibt einige Dinge, die sich bereits nach wenigen Stunden Aufenthalt in Polen feststellen lassen. Am auffälligsten ist die wirtschaftliche Not der Bevölkerung, die ihren Ausdruck in leeren Schaufensterauslagen und in langen Warteschlangen vor den Lebensmittel-läden findet. Die Polen stehen jeden Tag mehrere Stunden an, um sich mit dem Lebensnotwendigen versorgen zu können. Erstaunlich ist die Geduld, die sie für dieses Warten aufbringen, sei es nun für Brot, Milch, Fleisch oder für Seife und Toilettenpapier. Es kommt kaum je zu Aggressionen, auch dann nicht, wenn die Läden plötzlich ausverkauft sind und deshalb geschlossen werden und die noch Wartenden mit leeren Taschen nach Hause gehen oder zum nächsten Geschäft, um dort weitere ein oder zwei Stunden anzustehen.

Im Widerspruch zu dieser Notlage steht meines Erachtens die offensichtliche Produktionskapazität

Eine weitere Auffälligkeit ist, wie gut die Bevölkerung informiert ist. Sie ist ziemlich genau im Bild darüber, wie es um Polen steht und wo die Ursachen für die heutige Misere zu suchen sind. Die Polen wissen aber auch, wie die Akzente im Westen gesetzt werden. Dies rührt daher, dass die westliche Presse relativ frei und ungehindert zugänglich ist. In Buchhandlungen liegen Zeitschriften wie z.B. "Newsweek" und "Spiegel" auf - wenn auch meistens mit einigen Wochen Verspätung.

In diesem Zusammenhang muss auch die Offenheit und Direktheit der Polen erwähnt werden. Es ist erstaunlich, wie klar und deutlich



Stellung bezogen wird, wie offen die unbefriedigenden Verhältnisse bezeichnet und die dafür Verantwortlichen beim Namen genannt werden. In den Gesprächen, die wir geführt haben, blieb jedenfalls keine Frage unbeantwortet.

Die wirtschaftliche Situation

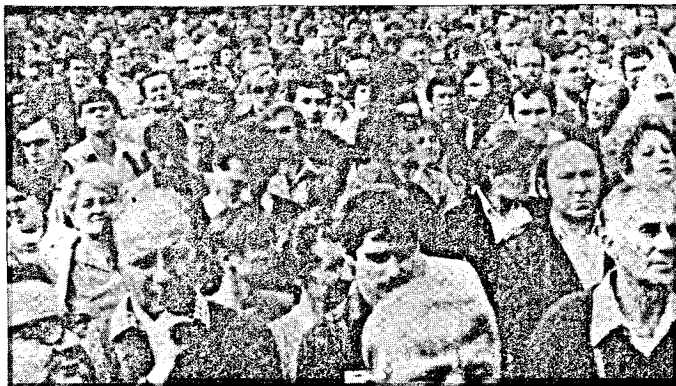
Polens wirtschaftliche Lage ist äusserst kritisch, ja eigentlich katastrophal. Ursache dafür sind vor allem eine zentralistische Planungs-Bürokratie, zahlreiche Fehl-investitionen und eine weit verbreitete Korruption, namentlich unter der Funktionärs-Kaste.

Solidarität

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle die wirtschaftliche Entwicklung Polens seit Ende des letzten Weltkrieges ausführlich darzustellen. Zur Illustration der Misswirtschaft sollen ein paar Beispiele genügen. Ein wesentlicher Faktor ist gewiss der bürokratische Zentralismus. Dieser treibt gelegentlich seltsame Blüten: So müssten in verschiedenen Betrieben Güter produziert werden, für die keine Maschinen vorhanden sind, und in anderen Fabriken stehen wiederum Produktionsanlagen, mit denen nicht produziert wird. Auch wurden während des wirtschaftlichen Aufschwungs Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre neue Fabriken in Gebieten erstellt, in denen keine ausreichende Infrastruktur (Energieversorgung, Transportanlagen, etc.) zur Verfügung stand. Ebenfalls während der erwähnten Wachstumsperiode kam es zu gewaltigen Fehlinvestitionen. So vor allem beim Kauf einiger hundert Lizenzen aus dem Westen, von denen heute nur wenige rentieren, ein grosser Teil davon aber defizitär ist und den Schuldenberg ständig weiter anwachsen lässt. Hand in Hand mit diesen Auswüchsen bürokratisch gelenkter (Miss-)Wirtschaft geht ein Nepotismus und eine Korruption, die Millionenbeträge in den Taschen von Politfunktionären verschwinden lässt. Einige spektakuläre Korruptionsfälle konnten im Laufe der letzten Monate dank 'Solidarität' aufgedeckt und öffentlich gemacht

werden; unzählige andere dürften hingegen noch unter dem Siegel der Verschwiegenheit stehen.

Polens Auslandverschuldung ist mittlerweile auf über 25 Milliarden Dollar angewachsen. Das Land steht vor dem wirtschaftlichen Bankrott. Ein grosser Teil der produzierten Güter muss, obschon im eigenen Land dringend gebraucht, exportiert werden, damit die Schulden abgetragen und die Zinsen bezahlt werden können.



Die Bedeutung von 'Solidarität'

Diese Krisensituation ist der Boden, auf dem die unabhängige Gewerkschaft 'Solidarität' gewachsen ist. Die Unzufriedenheit eines grossen Teils der polnischen Bevölkerung bestand schon seit längerer Zeit. Als dann die Werftarbeiter in Danzig im vergangenen Sommer in den Streik traten, war das nicht die Ursache sondern lediglich der Anlass dafür, dass sich die Polen landesweit solidarisierten und organisierten.

Die Rolle des Westens

Die Haltung der westlichen Länder gegenüber Polen ist äusserst zwiespältig. Die gegenwärtige Situation bietet vor allem wieder einmal Gelegenheit dazu, auf das Versagen des sozialistischen Wirtschaftssystems unter der Aegide der Sowjetunion hinzuweisen. Der gewaltigen Gewerkschaftsbewegung und ihren Erneuerungsbestrebungen wird in der hiesigen Presse aber eher mit sehr viel Skepsis begegnet. Kein Wunder, würde doch hierzulande eine ähnlich umfassende

Streik- und Protestbewegung sehr schnell mit brutalsten Mitteln unterdrückt.

Polen ist mit über 25 Milliarden Dollar verschuldet. Die westlichen Gläubiger sind zwar bereit über einen Zahlungsaufschub für die im Dezember fälligen Zinsen und Raten zu diskutieren, allerdings unter der Bedingung, dass wieder Ruhe einkehrt im Land. Es tönt beinahe gleich aus Ost und West. Polen wird von zwei Seiten in die Zange genommen !

SOLIDARNOŚĆ

Polen hat rund 35 Millionen Einwohner. Zieht man davon 5 Millionen Rentner, 12 Millionen Schüler und Studenten und etwa 3 Millionen Kinder im Vorschulalter ab, so kommt man auf eine Zahl von ungefähr 15 Millionen arbeitsfähigen Erwachsenen, Hausfrauen eingerechnet. Davon waren zum Zeitpunkt unserer Reise bereits mehr als 10 Millionen (!) Personen in der Gewerkschaft 'Solidarität' organisiert. Heute können es schon 11 oder 12 Millionen sein. In den meisten Industriebetrieben liegt der Organisationsgrad über 90 Prozent - ja, 96 und 98 Prozent sind keine Seltenheit! Diese Zahlen sind für uns überwältigend und zugleich auch Ausdruck dafür, wie unbefriedigend die Lage der Polen ist und welche Hoffnungen sie in die Gewerkschaftsbewegung setzen.

'Solidarität' hat einen langen Katalog von Forderungen aufgestellt. Ein paar davon wurden bis jetzt ganz oder ansatzweise erfüllt, so beispielsweise der Wunsch nach drei arbeitsfreien Samstagen im Monat und einer ersten Säuberung im Funktionsapparat. Viele andere, wie der ungehinderte Zugang zu den Medien oder die Mitbestimmung bei der Wahl von Betriebs-Direktoren, werden blockiert oder versanden im Getriebe der Bürokratie. Der ausserordentliche Parteitag der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) war für viele Polen wahrscheinlich eher eine Enttäuschung. Er hat die erhoffte oder erwartete Klärung und Erneuerung der Regierungsposition jedenfalls nicht gebracht. Die Haltung der Machträger gegenüber der 'Solidarität' bleibt weiterhin eher schwammig und unklar.

Weit gediehen innerhalb der 'Solidarität' ist die Diskussion über die Arbeiter-Selbstverwaltung. Die Forderung nach Selbstverwaltung ist im Prinzip die logische Konsequenz aus der Kritik am bürokratischen Zentralismus. Den Auswüchsen der Planwirtschaft soll begegnet werden durch Dezentralisierung und Planung von unten, von den direkt Betroffenen, den Betrieben und den Regionen her.

Sofern ihr ein breiter Handlungsspielraum gewährt wird, verspricht sich 'Solidarität' eine Ueberwindung der Wirtschaftskrise bis zum Jahr 1990.

Kundgebung in Krakau

Während unserer Reise fanden in ganz Polen Wahlen statt für den Landeskongress der 'Solidarität', der im September über die Bühne gehen wird. Als Vorbereitung auf diese Wahlen wurden zahlreiche Kundgebungen abgehalten. Zufälligerweise hielten wir uns gerade in Krakau auf, als Lech Walesa anlässlich einer solchen Veranstaltung zu einer rund 80'000-köpfigen Menschenmenge sprach. Obwohl wir - leider - kein Wort verstanden, war es für uns doch ein unheimlich beeindruckendes und interessantes Erlebnis. Fasziniert waren wir von den Zuhörern, die emotional total mitgingen, stumm vor sich hinschmunzelten, laut herausschlachten oder auch Tränen in den Augen hatten. Fasziniert hat uns aber auch die Form der Kundgebung. Walesa



sprach lediglich zehn Minuten. Die restlichen rund anderthalb Stunden wurden ihm Fragen vorgetragen, die zuvor vom Publikum auf verteilten Zetteln formuliert worden waren. Er musste diese Fragen spontan beantworten, ohne abzulesen, ohne lange zu überlegen. Den Reaktionen der Zuhörerschaft nach zu schliessen müssen die Antworten abwechselnd heiter, ernst und bauernschlau gewesen sein. Gefragt nach dem Zweck einer solchen "Fragestunde" erhielten wir von einem Polen eine ebenso einfache wie einleuchtende Begründung: Eine brillante Rede vom Blatt ablesen könne mancher. Solange aber

jemand nicht in der Lage oder bereit sei, spontan auf Fragen einzugehen, die seine Zuhörer beschäftigen, sei jede noch so gute Formulierung unglaubwürdig und hohl. (Das könnte sich auch mancher unserer Mai-Redner und Super-Rhetoriker hinter die Ohren schreiben.)

Vor wichtigen Entscheidungen

Walesa ist allerdings nicht so unbestritten, wie er uns im Rahmen dieser Kundgebung erschien. Er hat viele Kritiker in den eigenen Reihen. Zugute gehalten wird ihm zwar von allen Seiten, dass er als "Mann der ersten Stunde" sehr viel für den Aufbau und die heutige Stärke von 'Solidarität' getan hat. Man attestiert ihm eine grosse persönliche Integrität, gutes taktisches Verhandlungsgeschick und die Fähigkeit, breite Massen zu mobilisieren, zu motivieren und zusammenzuhalten. Kritisiert wird hingegen von verschiedenen Personen, mit denen wir gesprochen haben, seine eher als gemässigt und abwartend eingestufte Haltung. Er befürwortet beispielsweise eine einjährige Streikpause, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, die gemachten Versprechen zu erfüllen. Auch betont er immer wieder, dass der Kampf der 'Solidarität' sich auf die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der polnischen Bevölkerung beschränken und nicht in politische Auseinandersetzungen eingreifen solle.

Soweit ich feststellen konnte, existieren in der 'Solidarität' zwei in ihren Grundsätzen unterschiedliche Strömungen: Auf der einen Seite findet sich ein eher gemässigt Lager, welches der polnischen Regierung eine Verschnaufpause zubilligt, und auf der anderen Seite besteht ein eher radikales Lager, das die Ansicht vertritt, der begonnene Kampf müsse weitergeführt werden. Sonst sei zu befürchten, dass die bisher erkämpften Rechte nach und nach wieder abgebaut würden. Die Anhänger dieser Strömung sind auch klar überzeugt, dass sich 'Solidarität' nicht allein auf gewerkschaftliche Zielsetzungen beschrän-

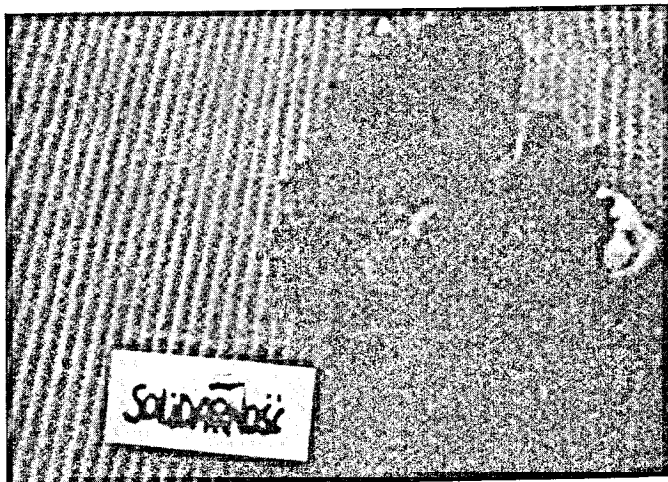
ken darf. Nur umfassende gesellschaftliche und politische Reformen können Polen aus der gegenwärtigen Krise herausführen. Dazu gehört beispielsweise auch die Einführung der Arbeiter-Selbstverwaltung, welche von der jetzigen Landesführung der 'Solidarität' bisher noch kaum als Forderung zur Kenntnis genommen wurde.

Wie bereits erwähnt findet schon bald der 'Solidarität'-Landeskongress statt. Es ist zu erwarten, dass dann die beiden Lager heftig aufeinanderprallen werden. Welche der beiden Strömungen sich durchsetzen wird, ist im gegenwärtigen Moment schwer abzuschätzen. Auf jeden Fall stehen harte Diskussionen und wichtige Entscheidungen bevor. Eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung muss aber - darin sind sich wahrscheinlich alle an der Ueberwindung der Krise interessierten Polen einig - unbedingt verhindert werden.

Eine Bemerkung zum Schluss

Es ist äusserst schwierig, die heutige polnische Wirklichkeit in Worte zu fassen oder gar den Versuch einer eingehenden politischen Analyse zu unternehmen. Das Land bewegt und entwickelt sich rasant. Oft habe ich den Eindruck, dass Aussagen, die heute zutreffen, schon morgen nicht mehr gültig sind.

Bei aller Ungewissheit über die zukünftige Entwicklung braucht die polnische Bevölkerung aber vor allem eins: auch unsere Unterstützung und Solidarität !



NEUES BEWUSSTSEIN IST ERFORDERLICH

Im Entwurf zum neuen SP-Parteiprogramm nimmt die Selbstverwaltung eine zentrale Stellung ein. Dabei konzentriert sich das Gespräch hauptsächlich auf das Gebiet der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Dabei wird vorausgesetzt, dass die Selbstverwaltung in Familie, Staat und Gesellschaft weitgehend verwirklicht sei (Schön wär's! Der Setzer). In den ausserbetrieblichen Belangen sind die heutigen Rahmenbedingungen weit günstiger, dieses Ziel zu erreichen, währenddem für die Selbstverwaltung am Arbeitsplatz die gesetzlichen Grundlagen sehr mangelhaft sind.

Selbstverwaltung ist ein Schlagwort, das verschieden interpretiert wird. Im weitesten Sinne ist darunter zu verstehen:

- Oekonomische Autonomie der Betriebe,
- Verantwortlichkeit aller Betriebsangehöriger für alle Belange des Betriebes, wie Betriebsgrösse, Zusammenarbeit mit andern Betrieben, Finanzierungen, Investitionen, Produktionsvorhaben, Produktionsmittel, Preisgestaltung, Betriebsorganisation, Personalfragen, Arbeitszeit usw.

Ohne auf diese betrieblichen Aspekte einzugehen (ausdiskutiert, geschweige denn geklärt sind sie noch lange nicht!), drängen sich einige Ueberlegungen wirtschftsstruktureller Art auf. Eine davon betrifft die Frage, wie sich die Selbstverwaltung in unserer marktwirtschaftlichen, konsumorientierten Wirtschaft im grossen Stil verwirklichen lässt, statt nur kleinere Marktlücken zu füllen, wie dies heute noch der Fall ist.

Diese Fragestellung scheint mir insofern falsch zu sein, als Selbstverwaltung in den Betrieben, sowohl eine andere Produktionsweise, als auch einen andern Marktmechanismus voraussetzt.

Unsere heutige Wirtschaft ist marktabhängig, steht in gewissen Bereichen einer starken Konkurrenz, und in andern weitgehender Preisfixierungen durch Kartelle gegenüber. Diese Struktur hat sich wesentlich ausgewirkt auf die Produkteherstellung und deren Produktionsweise, wie Massenanfertigung, Fließbandarbeit, steigende Produktivität zur Senkung der Stückkosten resp. Rationalisierung der Arbeitsprozesse (3. industrielle Revolution verbunden mit steigender Arbeitslosigkeit, in Europa über 12. Mio.). Sie hat auch zur bekannten Konsumgüterproduktion und Konsumgesellschaft geführt mit ihren wenig positiven und vielen negativen Auswirkungen.

Schon lange beschäftigen sich nicht nur "Grüne", sondern auch bekannte Wirtschaftsfachleute mit der Frage, wie aus diesem Teufelskreis ausgebrochen werden könnte und welche neuen Wege zu beschreiten wären. Ziel jedes neuen Weges muss es sein, einerseits die Folgeprobleme unserer Wirtschaftsweise (Nota bene in den westlichen und östlichen Industrieländern) wie Umweltzerstörung, Energie- und Rohstoffverschleiss, Arbeitslosigkeit und Entfremdung der Arbeit zu überwinden und andererseits das Rad der Entwicklung nicht einfach zurückzudrehen.

In diesem Zusammenhang wird viel vom Uebergang von der quantitativen zur qualitativen Produktion gesprochen. Eine Möglichkeit dieses Ziel zu erreichen, scheint mir das Prinzip der Selbstverwaltung zu sein, da dadurch die Produktionsform und -Menge von den einzelnen Betrieben zusammen bestimmt werden.

Wenn wir davon ausgehen können, dass es den Menschen ein Bedürfnis ist zu arbeiten, sinnvoll zu arbeiten, dann ist dazu eine selbstverwaltete Produktion die notwendige Voraussetzung. Dies ist ersichtlich an dem vielbeobachteten Interessenverlust an der Arbeit in Grossbetrieben und den steigenden Bedürfnissen einer sinnvollen Freizeitgestaltung und -Beschäftigung.

Damit die Selbstverwaltung funktioniert, muss die Voraussetzung erfüllt sein, dass

Da geht's lang

Demokratie
heisst Selbst-
verwaltung
der Macht!
W. Kirschner
Bündner

die in solchen Betrieben arbeitenden Personen von ihrem Bewusstsein her gewillt sind, produktiv zu arbeiten aber auch überlegt zu konsumieren, um die gesamte Umwelt zu bewahren.

Dies könnte dazu führen, dass Massenprodukte nicht mehr hergestellt würden und dadurch Arbeitskräfte verloren gingen, andererseits aber der Bedarf an Arbeitskräften in der Produktion und Landwirtschaft stark zunähme. Auch müsste ja nicht unbedingt weiterhin 44 Stunden in der Woche gearbeitet werden (Dem Setzer würden heute schon 35 Stunden genügen!). Durch eine weniger hektische und nach dem Bedarf ausgerichtete Tätigkeit würde sich die zu leistende Arbeit automatisch auf mehr Personen verteilen, d.h. Selbstverwaltung könnte ein Mittel gegen strukturelle Arbeitslosigkeit sein. Eine Verminderung des Arbeitseinkommens nach heutigen Massstäben wäre wahrscheinlich, doch ist zu bedenken, dass sich durch eine andere Lebensweise auch der Einkommensbedarf verändert.

Trotz dieser in Bezug auf die Selbstverwaltung positiven Aspekte bleiben noch viele Fragen offen. So zum Beispiel, wenn sich die Produktion weiterhin am Markt orientieren müsste und gegen Konkurrenz anzukämpfen hätte, oder die heutigen Sozialleistungen und Versicherungen weiterhin über Lohnprozente zu finanzieren wären, oder wenn wir uns vorzustellen versuchen, wie die Selbstverwaltung in einem Grossbetrieb mit grosser Arbeitsteilung verwirklicht werden sollte.

Selbstverwaltung ohne aktive Beteiligung und Verantwortung am Arbeits- und Gesellschaftsprozess aller Betroffenen ist nicht möglich! Dies bildet der Ausgangspunkt über Gelingen oder Misserfolg der Selbstverwaltungsidee, und hier müssen wir als SP-Mitglieder und Gewerkschafter selbst wieder beginnen zu lernen, und uns für diese Belange einzusetzen. Selbstverwaltung kommt nicht von oben, sondern kann nur von unten, aus dem gemeinsamen Bestreben aller Arbeitnehmer entstehen!

R.T.

Gesucht wird

1 kantonale(r) Geschworene(r)

Die Ersatzwahl für unsern verstorbenen Genossen Werner Oberle findet an einer der nächsten Gemeinderatssitzungen statt.

Parteimitglieder, die sich für dieses Amt interessieren erhalten nähere Auskunft oder können sich anmelden bei Liliane Goldberger Tel. 780 60 45 (ab. 26. September erreichbar).

SPLITTER

Bei der Garage Rietliau steht ein Münzstaubsauger. Dieser wird von eifrigen Benützern auch in der Nacht und übers Wochenende in Betrieb gesetzt und belästigt mit seinem Lärm die Nachbarschaft. Auf eine entsprechende Frage zum Geschäftsbericht des Stadtrates teilte die Polizeiabteilung mit, dass sie sich mit der Lösung dieses Lärmproblems befasse. Der Betrieb der Staubsaugeranlage solle zeitlich beschränkt werden. Hoffentlich geschieht dies bald!!!!



Volksabstimmung

vom 27. September 1981

(Parolen der Kantonalpartei)

- | | |
|--|----------------------|
| Gewaltentrennung | <i>Nein.</i> |
| Strassengesetz | <i>Nein.</i> |
| Unterhaltungsgewerbegesetz | <i>Stimmfreigabe</i> |
| Kredit Kantonsschule Limmattal.. | <i>Ja.</i> |
| Volksinitiative für ein Universitätsgesetz | <i>Nein</i> |
| Volksinitiative "Parkhäuser vors Volk" | <i>JA.</i> |

Die Parolen zur Vorlage über die Renovation der ref. Kirche in Wädenswil wird erst an der Parteiversammlung vom 21. Sept. gefasst. Bitte das Inserat im AAZ beachten!

Einladung zur Parteiversammlung

am Montag, 21. September 1981 um 20⁰⁰ Uhr

im Restaurant VOLKSHAUS

- Themen:
1. Unsere Kirchenpflegerin Maja Kellenberger informiert über die geplante Renovation der ref. Kirche. Parolenfassung unserer Partei zu dieser Vorlage vom 26. September.
 2. Kurzinformation über die Abstimmungsvorlagen vom 26. September durch Willy Kellenberger.
 3. Fortsetzung der Diskussion über die Regierungsbeteiligung der SP.
 4. Gemütlich zusammensitzen und den Durscht löschen (der Setzer)

SPLITTER

Bei Kollegialbehörden ist es üblich, dass nach aussen alle gefällten Entscheide ohne Angabe des Stimmenverhältnisses vertreten werden. Dies praktizierte bis vor kurzem auch der Stadtrat von Wädenswil. Als erster verletzte (bewusst oder unbewusst?) Stadtrat Norbert Kuster diese Regel, als er bei der Diskussion um die Motion der RPK für eine Verordnung über den Finanzhaushalt erklärte, der Stadtrat lehne diese Motion "einstimmig" ab. Gespannt wartet man nun auf weitere Angaben von Stimmenverhältnissen im Stadtrat bei andern Geschäften.....

Bilder umblietern u. weiterlesen. Wegwerfen nicht gestattet !!!

Es lohnt sich immer!

Heute im SO:

Augenzeugenbericht aus Polen!
 Neues aus dem Gemeinderat!
 Die neueste Mode: Selbstverwaltung!
 Aktuell: Abstimmungsparolen!

VERANSTALTUNGEN

Montag, 21. September: Parteiversammlung
siehe oben!

Samstag, 26. September: Kant. Parteitag in
Dietikon. Thema:
Regierungsbeteiligung

Dienstag, 29. September: Fraktionssitzung
(für SP-Mitglieder
öffentlich) 19³⁰ Uhr im Rest. Volkshaus

Montag, 19. Oktober: SO-Redaktionssitzung
um 20⁰⁰ Uhr bei Her-
mann Koch, Seehaldenweg 11, 8804 Au

Dienstag, 20. Oktober: a.o. Generalver-
sammlung und Monats-
versammlung: Vorbereitung der Wahlen 1982

Dienstag, 27. Oktober: Fraktionssitzung
(siehe oben)

27. od. 28. November: SP-Familienabend

Samstag, 5. Dezember: Risotto und rote Ger-
schichten veranstal-
tet durch den Bildungsausschuss der SP der
Stadt Zürich (ab ca. 19⁰⁰ Uhr)

Wetterprognose

Was macht der FROSCH, wenn es so
heiss ist
und Arbeit ein so harter Steiss ist?
Er sucht sich einen schattigen Ort
und döst dahin - sein liebster Sport.
Vorwiegend sonnig. Wieder wärmer.